

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 27 (1933)
Heft: 4

Artikel: Krisenbilder aus Amerika
Autor: Krüsi, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-136414>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gehört der Vergangenheit an und ist nicht mehr zum Leben zu bringen. Die zweite Bedeutung soll in uns eine bittere Erinnerung bleiben. Aber die dritte und wichtigste Bedeutung soll uns bleibend mahnen: eine andere Macht, die auf einer andern Gefinnung, einer andern Haltung beruht! Eine Macht, die an Christus nicht vorbeigeht, sondern mit seinem Evangelium ernst macht!

Daraus soll eine grundsätzliche Ablehnung der gottlosen Kriegsgewalt notwendig hervorgehen. Hier liegt die Aufgabe von „Kerk en Vrede“ und unserer Gefinnungsgenossen in andern Ländern. Möge unser christlicher Antimilitarismus echt sein, d. h. erwachsen aus dem Evangelium und einem wiedergeborenen Herzen. Der Heilige Geist verrichte in Abbrechen und Aufbauen sein Werk an uns, so daß wir insgesamt würdig seien, die hohen Grundsätze zu tragen, die wir als Männer und Frauen von „Kerk en Vrede“ glauben und bekennen.

Dann sollen wir sie auch mit der Tat bekennen. Wenn, was in nächster Zukunft zu erwarten ist, die Nationalisten und Militaristen sich auch in unserm Land rühren und, wo Kriegswinde sich erheben, als drohende Wolken über uns stehen, kühn gemacht durch ihre Zahl und ihr Geheul, durch ihre Angst und Wut — möchten wir dann die stille, unbezähmbare Kraft finden, ihnen ruhig Widerstand zu leisten und zu sprechen: „Wir stehen in höherm Dienst, wir folgen dem einen von Gott uns geschenkten Führer, dem Einen, der unser Vaterland, unsere Seele und die Unfrigen beschirmen kann, dem Einen, der wahrhaftig überwinden wird in Zeit und Ewigkeit.“ Dazu helfe uns der allmächtige Gott!

G. J. Heering.

So weit Heering. Unsere schweizerischen Leser werden von selbst für „Die sieben Provinzen“ im Stillen „Genf“ eingesetzt haben. So geht dieses tapfere Wort auch uns an.

R. L.

Krisenbilder aus Amerika.

Zwei Prozent der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten besitzen schätzungsweise ungefähr siebenzig Prozent des ganzen Volksvermögens. Die Konzentration des Kapitals ist also schon recht weit gediehen. Es ist ganz klar, daß diese zwei Prozent, d. h. diese ungefähr 2½ Millionen Menschen, den übrigen 120 Millionen Mitbürgern, sagen können, was in wirtschaftlichen Dingen zu tun und was zu unterlassen sei. Und das ist noch nicht einmal die ganze Wahrheit. Namentlich seit den Kriegsjahren haben gewisse Gesellschaften und Truste trotz Antitrustgesetzen Riesenformat angenommen. Man denke beispielsweise an die riesigen Unternehmungen der Rockefellerfamilie. Diese größten Gesellschaften (etwa 200) werden von etwa 2000 Direktoren geleitet. Inbegriffen sind natürlich die Vertreter der Finanzwelt, ja, diese sind wahrscheinlich die aller-

wichtigsten Figuren in diesen kapitalistischen Kombinationen. Es ist heute so ziemlich klar und wird selbst von kapitalistischer Seite kaum bestritten werden können, daß das ganze Volk in weitgehendem Maße auf Gedeihen oder Verderben diesen 2000 Direktoren ausgeliefert ist. Was kann da Demokratie noch bedeuten und was noch der sogenannte freie Bürger? Der Volkswille wird nach den Interessen der Oberschicht gebeugt. Wenn das nicht ohne weiteres geht, so hilft man mit Dollars nach. Ein Großteil der Politiker und der Presse läßt sich kaufen. Gerade gegenwärtig in stärkerem Maße, aber schon seit einiger Zeit hört und liest man aus Industrie- und Finanzkreisen, daß des Landes einzige Rettung nur noch in einer milden Diktatur zu suchen sei. Es kann aber kaum mehr bestritten werden, daß wir im Wirtschaftsgefchehen in den Vereinigten Staaten heute schon eine Diktatur haben und zwar keine sehr milde. Je weiter die Konzentration des Kapitals fortschreitet, desto rücksichtsloser werden die Methoden der Unterjochung. Käme zum Unglück des Volkes zur Wirtschaftsdiktatur noch eine politische, welche natürlich dieselben Interessen vertreten würde wie die Industrie- und Finanzkreise, aus deren Mitte die Idee entsprang, so geriete das Volk vollkommen unter die Gewaltherrschaft der obersten Gesellschaftsschicht. Das jedenfalls würde dann etwa als milde Diktatur bezeichnet! Soweit sind wir aber glücklicherweise doch noch nicht. Wohl ist Nordamerika ja bis heute das wirkliche Eldorado des rücksichtslosesten Kapitalismus gewesen. Gleichzeitig ist es aber auch ein Land freiheitlicher Ideen, die sich in den 156 Jahren des Bestehens dieser Demokratie tief verwurzelt haben. Jetzt ist nur die Zeit gekommen, wo ein gipfelschwerer Kapitalismus ernsthaft mit den volksverwachsenen, demokratischen Prinzipien in Konflikt gerät. Die Anfänge dieses Konfliktes haben wir schon.

In den letzten vier Jahren sind tausende von Banken zu Stadt und Land zugrunde gegangen. Schuld hieran sind die sehr ungenügenden gesetzlichen Regulative für Bankinstitute, die sinnlose Spekulationswut der leitenden Organe während den Jahren der Prosperität und eine durch und durch verfehlte Finanzpolitik der Regierung. Durch diese vielen Bankfallimente hat das Volk Unsummen verloren. Zu diesen Zusammenbrüchen von ungefähr 11 000 größeren und kleineren Banken seit 1922 gesellte sich ein allgemeiner Niedergang im gesamten Wirtschaftsleben der Nation, begleitet von katastrophalen Preistürzen, wiederholten Lohnkürzungen und stetig wachsender Arbeitslosigkeit. Unzählige Arbeiter, Angestellte und kleine Geschäftsleute sind in den letzten paar Jahren um alles gekommen, um ihr Heim, ihr Sparguthaben und um ihr Einkommen und werden jetzt vom Staat oder charitativen Organisationen so schlecht und recht am Leben erhalten. Das alles geschah unter den Augen des angeblichen Menschenfreundes Herbert Hoover, der bis zu Ende des

Jahres 1930 wiederholt behauptet hatte, er wisse noch von keiner Depression.

Wie erging es dem Farmer? Die Produktpreise sind seit 1929 derart gesunken, daß ein Farmer selbst bei geringer Hypothekerverschuldung einfach nicht mehr existieren kann. In sehr vielen Fällen können die Farmer weder Steuern noch Zinsen mehr entrichten, geschweige denn die notwendigen Reparaturen vornehmen oder Maschinen ersetzen, ohne die der amerikanische Farmer ganz einfach nicht mehr konkurrieren kann. Die Produktpreise sind vielleicht noch ein Fünftel der Preise vor 1929, Zinsen und Steuern sind jedoch gleich geblieben und Maschinen und Baumaterial sind nur in ganz geringem Maße billiger geworden. Die Maschinen- und Baumaterialienindustrie haben Arbeiter entlassen und Lohnkürzungen vorgenommen und sich dadurch der Krisenzeit angepaßt. Durch weitgehende Vertruftung dieser Industrien war es möglich, die hohen Preise bis heute einigermaßen zu halten. Vielen Farmern ist es in den letzten Jahren nicht besser ergangen als den kleinen Hausbesitzern. Wenn die Zinsen und Steuern nicht mehr entrichtet werden konnten, so war der nächste Schritt die Zwangsversteigerung und damit die Vertreibung einer vielleicht seit Generationen auf derselben Farm sesshaften Familie. Es gibt Staaten, wo in den letzten Krisenjahren ungefähr ein Drittel allen landwirtschaftlichen Grundbesitzes unter den Hammer gekommen ist. Die Farmer forderten Hilfe, worauf in Washington die Herren Volksabgeordneten, deren wenigste etwas von einer Farm verstehen, das Problem der Farmerhilfe diskutierten. Das Ergebnis des langen Redens war ein Preisstabilisierungsmanöver größten Stils, das dann kläglich mißlang, ohne dem bedrängten Farmer auch nur im geringsten geholfen zu haben. Der Staatskasse aber trug es einen Verlust von mehreren hundert Millionen Dollars ein. Ueber den regelmäßig verunglückten Hilfsmaßnahmen und insbesondere über den immer zahlreicher werdenden Versteigerungen ist den Farmern schließlich die Geduld ausgegangen. Wie sie einsehen mußten, daß von Washington keine Hilfe zu erwarten war, haben sie ihr Recht in ihre eigenen Hände genommen und in ihrer Weise verteidigt. Manchenorts versuchten sie es vorerst mit Streiks. Sie haben die Zufahrtswege in die Städte unterbunden und hofften, so Preiserhöhungen zu erwirken. Das mißlang. Der Versteigerungen aber erwehrten sich die Farmer dadurch, daß sie sich zusammenrotteten und den Bankmännern und Versteigerungsbeamten mit Flinte und Strick drohten. Diese Rebellion der Farmer gegen ihre Vertreibung von Haus und Hof ist so allgemein geworden, daß man jetzt von Zwangsverwertungen absieht und die Farmer ungeschoren auf ihrem Grund und Boden weiterwirtschaften läßt, auch wenn sie die Zinsen und Steuern nicht bezahlen können. Die Versicherungsgesellschaften, die einen Fünftel der Farmhypotheken in Händen haben, sind den

Farmern mit einem Moratorium entgegengekommen. Das ist jedoch keine endgültige Lösung. Roosevelt aber tut gut, wenn er das Farmproblem ganz an den Anfang seines Programmes setzt. Es ist von allergrößter Wichtigkeit.

Selbstverständlich erwarten auch die Arbeitslosen — und derer gibt es schätzungsweise zwölf Millionen — von der neuen Regierung, daß endlich Durchgreifendes für sie getan werde. Die Arbeitslosenfürsorge, die einerseits noch deutlich den Stempel der Improvisation auf sich trägt, anderseits leider auch schon von der allgemeinen Korruption berührt worden ist, ist auch diesen Winter ganz ungenügend. Es ist geradezu erstaunlich, mit wie geringen Mitteln sich die Arbeitslosen durch den Winter hungern lassen. Natürlich mehren sich die Fälle von Unterernährung in verheerender Weise. An Arbeitslosendemonstrationen hat es nicht gefehlt; diese wurden aber in den meisten Fällen mit Hydranten, Knütteln und Feuerwaffen brutal unterdrückt, auch da, wo sich die Demonstranten durchaus korrekt betrogen und unbewaffnet waren.

Je dreister sich der Kapitalismus gebärden wird, je rücksichtsloser er die Würgarbeit am kleinen Manne vollzieht, je enger er auch seine Schlingen zieht um den Regierungsapparat des Landes, desto rascher gehen wir dem Konflikt entgegen zwischen dem Volk als Träger des demokratischen Prinzips und der Bank- und Industriewelt als Vertreterin des imperialistisch-kapitalistischen Prinzips. Wenn sich auch die beiden Prinzipien in früheren Entwicklungsstadien des Landes gut nebeneinander vertragen haben, so hat in letzter Zeit die Krisis Verhältnisse geschaffen, welche ein Sichvertragen nicht mehr ermöglichen. Die Rebellion der Farmer des Westens hat bereits mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß mit gelehrten Reden in Washington dem Volke nicht mehr geholfen ist. Von der neuen Regierung erwartet es radikale Maßnahmen, deren die alte, und wie wir hoffen wollen, für eine Reihe von Jahren erledigte Republikanerclique nicht fähig gewesen wäre. Was etwa zu erwarten wäre, wenn die neue Regierung außerstande sein sollte, eine spürbare Besserung der Lage einzuleiten, das zeigt eine Motion, die kürzlich im Abgeordnetenhaus von Nord-Dakota eingebracht wurde. Es wurde nichts Geringeres gefordert als die Trennung der 39 landwirtschaftlichen Staaten des Mittelwestens und Westens von den 9 Industriestaaten des Ostens. Die Begründung war die, daß die westlichen Staaten seit dem Bürgerkriege von den dichter bevölkerten und daher im Kongreß stärker vertretenen Oststaaten in schamloser Weise ausgebeutet und ausgeplündert worden seien. Das wird nun vorläufig als wahnwitziges Phantasiestück eines in der Krisis erhitzten Gehirns abgetan. Immerhin darf man nicht vergessen, daß ohne Zweifel viel unwillig gewordenes Farmervolk im Westen sehr für die Idee eingenommen ist. Als Symptom ist dieses Vorkommnis nicht unwichtig.

Das ganze Land wartet mit der größten Spannung auf den Regierungsantritt Roosevelts. Bereits werden im Kongreß Anstrengungen gemacht, den Präsidenten mit besonderen Vollmachten auszustatten, die, wie argumentiert wird, für die große Sanierungsaktion wünschbar und notwendig seien. Wenn man sich vorstellt, mit was für weitgehenden Vollmachten der Präsident der Vereinigten Staaten normalerweise ausgerüstet ist, so ist leicht einzusehen, daß, wenn noch weitere auf Kosten des Kongresses hinzukommen, zur „milden“ Diktatur nur noch ein kleiner Schritt ist. Indessen hat sich die Finanzwelt ihre Machtstellung in den hauptfächlichsten Industrien weiterhin durch stärkere und weitverzweigte Besetzung in den Verwaltungsräten ausgebaut. Die Positionen werden bald bezogen sein — und das Volk wartet.

15. Februar 1933.

Jakob Krüsi (Villa Park, Ohio).

Zur Weltlage

Zu dem mächtigen Gewicht der Dinge, die nun geschehen, gefällt sich die Schwierigkeit, davon im Rahmen dieser Erörterungen zur Weltlage richtig und genügend zu reden. Denn so viele von diesen Ereignissen und den durch sie aufgewirbelten Themen wären leichter in einem ganzen Aufsatz als durch ein paar Bemerkungen zu behandeln. Und dazu: wer wollte heute nachkommen?

Im Mittelpunkt steht immerfort und fast immer mehr

Deutschland.

Es ist jetzt unter den Völkern wie ein verschlossenes Haus, worin wichtige, schwere, ja furchtbare Dinge geschehen, ohne daß die Welt recht wüßte, was geschieht oder das, was geschieht, recht zu deuten wüßte und so, daß man immerfort auf Ueberraschungen — und wieder schwere, ja furchtbare — gefaßt sein muß.

Wie in einem antiken Drama die Szenen oder in einem furchtbaren Kino die Bilder, so folgen sich die Begebenheiten. Am Anfang steht für den diesmaligen Bericht

die Eröffnung des Reichstages.

Sie ist vielleicht das erschreckendste dieser Bilder. Denn es muß das schwere Wort gesagt werden, es *muß*: das Ganze war eine ungeheure *Lüge*, wie die Welt deren wenig gesehen hat. Eine Lüge war dieses Fest mit seinem gemachten Glanz, Rausch, Jubel auf dem Hintergrund von Not, Knechtschaft und jedem nüchternen Auge schon sichtbarer Katastrophe. Eine Lüge dieses triumphale Wiederauftauchen von Mächten, die vergangen sind und vergangen bleiben. Eine Lüge diese Apotheose von durchaus hohlen — und nicht nur hohlen, son-

einigung, Herrn Pfarrer *Hans Bachmann*, Aemterstraße 23, Zürich 3, und kostet 50 Rappen. Weitere Verkaufsstellen werden später angegeben werden.)

Verdankung. Auf unsern Aufruf in der letzten Nummer der „Neuen Wege“ sind uns folgende *Gaben für deutsche Flüchtlinge* zugegangen:

Von A. S. in Z. Fr. 5.—; M. L. in B. 50.—; A. K. in F. 100.—; H. A. in G. 20.—; M. G. in B. 10.—; N. M. in Z. 30.—; A. U. in M. 10.—; S. A. in C. 10.—; F. W. in F. 30.—; C. D. in B. 10.—; Ungenannt in M. 9.10; Ungenannt in M. 40.—; A. R. in T. 20.—; H. St. in B. 50.—; F. W. in F. 30.—; U. M. in T. 10.—; W. Sch in Z. 30.—; H. E. in A. 50.—; F. G. in K. 20.—; A. A. in Z. 20.—; B. A. in St. G. 100.—; Ungen. Z. 5.50; Ungen. Z. 5.—. Total Fr. 664.60.

Für die Hungernden in China haben wir seit dem Erscheinen des Februarheftes der „Neuen Wege“ folgende Gaben erhalten:

Von O. W. in B. Fr. 100.—; Bl. Kreuz Hoffnungsbund Neu-Allschwil 14.—; Fr. W. in F. 50.—; O. W. in B. 100.—; Fr. W. in F. 20.—. Total Fr. 284.—.

Für die Arbeitslosenhilfe sind uns seit der letzten Verdankung noch zugefandt worden:

Von Handwerkergruppe Albisbrunn Fr. 25.—; F. W. in F. 70.—; R. B. in Z. 50.—; Fr. W. in F. 100.—. Total Fr. 245.—.

Alle diese Gaben seien den Gebern aufs wärmste verdankt! *L. u. C. Ragaz.*

Druckfehler. Seite 189, Zeile 10—11 von unten müssen die Worte „Wir Deutschen ... Reich“ als *Zitat* in Anführungszeichen gesetzt werden. Seite 152, Zeile 19 von unten muß es heißen: *denn* (statt „dann“), Seite 155, Zeile 9 von unten selbstverständlich *Verlogenheit* (nicht „Verlegenheit“).

Dazu eine Berichtigung. Villa Park (vgl. S. 174) ist in *Illinois*, nicht in Ohio.

Redaktionelle Bemerkungen. Die Leser werden freundlich gebeten, nicht zu vergessen, daß die Betrachtung „*Zur Weltlage*“ am 10., und die „*Monatschronik*“ am 11. Mai abgeschlossen werden mußte und daher das seither Geschehene nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Aber es wird dadurch an dem Geschriebenen nichts geändert.

Das Manifest der Religiösen Sozialisten (Kreuz Christi und Hakenkreuz) ist für 5 Rappen das Stück Gartenhofstraße 7, Zürich 4, zu haben. Man bittet um eifrigste Verbreitung!

Freunde der neuen Wege.

JAHRES-VERSAMMLUNG

Sonntag, den 28. Mai, in Zürich (im Heim von „Arbeit und Bildung“, Gartenhofstraße 7, Außerroth).

Traktanden:

- I. *Geschäftlicher Teil.* Beginn vormittags ½10 Uhr.
Jahresbericht und Aussprache darüber.
- II. *Allgemeiner Teil:* Beginn nachmittags 2 Uhr.
Thema: *Die Lage, ihre Aufgaben, Schwierigkeiten und Verheißungen.* Eingeleitet durch Pfarrer Robert Lejeune.
Nach dem Vortrag findet eine freie Aussprache statt. Zu diesem zweiten Teil sind auch Gesinnungsgenossen (*nur solche!*) eingeladen, die nicht Mitglieder der Vereinigung sind.

Das Mittagessen findet um 1 Uhr gemeinsam im *Volkshaus* statt.

Wir erwarten in Anbetracht des Ernstes der heutigen Lage und der Wichtigkeit der Traktanden, daß alle Mitglieder und Gesinnungsgenossen, die nicht unbedingt abgehalten sind, zu dieser Aussprache über die gemeinsame Sache erscheinen werden. *Die Kommission.*